Bildnachweis: AdobeStock © Panuwat

EU-MERCOSUR-Abkommen

Chancen in Südamerika

[Stand: März 2024]

Die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

- Das Abkommen zügig zu ratifizieren, würde in Zeiten geopolitischer Veränderungen enorme Chancen für den Handel zwischen der EU und Lateinamerika ermöglichen.
- Die aufstrebenden Märkte Lateinamerikas helfen Unternehmen ihre Lieferketten zu diversifizieren.
- Der Zollabbau erleichtert den Handel für beide Seiten und setzt Signale für den Freihandel.

Inhalt

I. Einleitung

II. Wirtschaftsstandort MERCOSUR

III. MERCOSUR-Abkommen

IV. Bewertung und Ausblick

V. Fazit

VI. Stimmen und Bewertung anderer Verbände

I. Einleitung

Sowohl der Krieg in der Ukraine mit seinen wirtschaftlichen Folgen als auch der Handelsstreit zwischen den USA und China treiben die Kosten für Wirtschaft und Verbraucher in die Höhe. Auch eine potenzielle Ausweitung des Kriegs im Nahen Osten könnte zu weiteren Preissteigerungen, gerade mit Blick auf Erdöl, führen. Für Unternehmen ist das Gebot der Stunde daher, ihre Lieferketten zu überprüfen und ggf. zu diversifizieren. Neue, aufstrebende Märkte wie in Lateinamerika werden in diesem Kontext zunehmend interessanter. Dabei darf nicht vergessen werden, dass andere große Wettbewerbsnationen wie China diese Märkte ebenfalls im Blick haben oder vor Ort bereits wirtschaftlich aktiv und bereit sind, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem mittel- und südamerikanischen Kontinent weiter auszubauen. Das EU-MERCOSUR-Abkommen, bei dem im Jahr 2019 eine Einigung erzielt wurde, ist im Jahr 2024 noch immer nicht ratifiziert und wurde im Jahr 2023 sogar in Teilen nachverhandelt. Im Zuge der derzeitigen geopolitischen Entwicklungen erscheint ein schneller Abschluss der Verhandlungen mit einer nachfolgenden Ratifizierung wichtiger denn je. Das vorliegende Hintergrundpapier beschäftigt sich mit Zahlen und Fakten rund um den Wirtschaftsstandort MERCOSUR und dessen Verflechtungen mit der Wirtschaft in Bayerisch-Schwaben. Außerdem sollen das geplante EU-MERCOSUR-Abkommen und dessen Auswirkungen auf unseren Standort in den Blick genommen werden.

II. Wirtschaftsstandort MERCOSUR

MERCOSUR ist die Abkürzung für *Mercado Común del Sur.* Das bedeutet *Gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika*. 1995 haben Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay diese regionale Wirtschaftsgemeinschaft in Lateinamerika gegründet. Ihr wichtigstes Ziel ist der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen. Im Jahr 2012 ist auch Venezuela beigetreten, dessen Mitgliedschaft jedoch seit 2016 aufgrund politischer Entwicklungen im Land ausgesetzt wurde. Assoziierte Staaten, also diejenigen ohne Stimmrecht, sind Chile, Bolivien, Peru, Kolumbien, Ecuador, Guyana und Suriname. Mexiko und Neuseeland haben darüber hinaus einen Beobachtungsstatus. 2019 einigten sich die EU und der MERCOSUR auf ein Assoziierungsabkommen, das u. a. den Freihandel zwischen beiden Wirtschaftszonen durch den Abbau von Zöllen stärken soll.[1] Eine Ratifizierung des Abkommens steht jedoch nach wie vor aus.

Wirtschaftsdaten MERCOSUR

Das Gesamthandelsvolumen des MERCOSUR (Güter) belief sich im Jahr 2023 auf rund 668,7 Mrd. US-Dollar. Dabei lag der Warenexport bei rund 378,8 Mrd. und der Warenimport bei rund 290 Mrd. US-Dollar. Die Wirtschaftsgemeinschaft erzielte dementsprechend für das Jahr 2023 einen

[1] Vgl. dazu auch die offizielle Website https://www.mercosur.int/en/.

Handelsbilanzüberschuss von rund 88,77 Mrd. US-Dollar. Der größte Markt innerhalb des MERCOSUR ist Brasilien. Das brasilianische BIP wird im Jahr 2023 auf 2.127 Mrd. und im Jahr 2024 auf 2.265 Mrd. US-Dollar geschätzt. Die höchsten Exportanteile an den Gesamtausfuhren von Gütern aus dem Mercosur-Raum im Jahr 2023 hatte China mit fast 30%, gefolgt von den USA mit 11,5% und den Niederlanden mit 3,7%. Deutschland liegt dabei auf Rang 12 mit einem Anteil von 1,7 Prozent in 2023. Bei den Importen belegt China 2023 ebenfalls den ersten Platz als wichtigstes Importland des MERCOSURs mit ca. 74 Mrd. US-Dollar, gefolgt von den USA mit rund 48 Mrd. sowie Deutschland auf dem dritten Platz mit rund 16 Mrd. US-Dollar.

MERCOSUR und die EU

Bereits jetzt ist die EU ein wichtiger Handels- und Investitionspartner des MERCOSUR, denn europäische Unternehmen investieren derzeit mit einem Volumen von ca. 380 Mrd. Euro in den MERCOSUR-Staaten. Zwischen der EU und dem Wirtschaftsraum MERCOSUR belief sich das Handelsvolumen 2022 auf rund 120 Milliarden Euro, dabei wurden im Jahr 2022 Waren im Wert von etwa 123 Mrd. US-Dollar gehandelt, wovon rund 63 Mrd. US-Dollar auf Exporte der Mercosur-Staaten in die EU entfielen und 60 Mrd. US-Dollar auf Importe aus der EU. Die EU exportierte überwiegend Maschinen (27,8%), Chemikalien und pharmazeutische Produkte (26,3%) sowie Transportequipment (10,5%). Mineralprodukte (22,3%), landwirtschaftliche Produkte inklusive Soja und Kaffee (20,7%) sowie Nahrungsmittel, Getränke und Tabak (19,1%) machten einen Großteil der Importe in die EU aus. Der gesamte Mercosur-Raum ist auf dem Platz 11 der wichtigsten Handelspartner der EU.

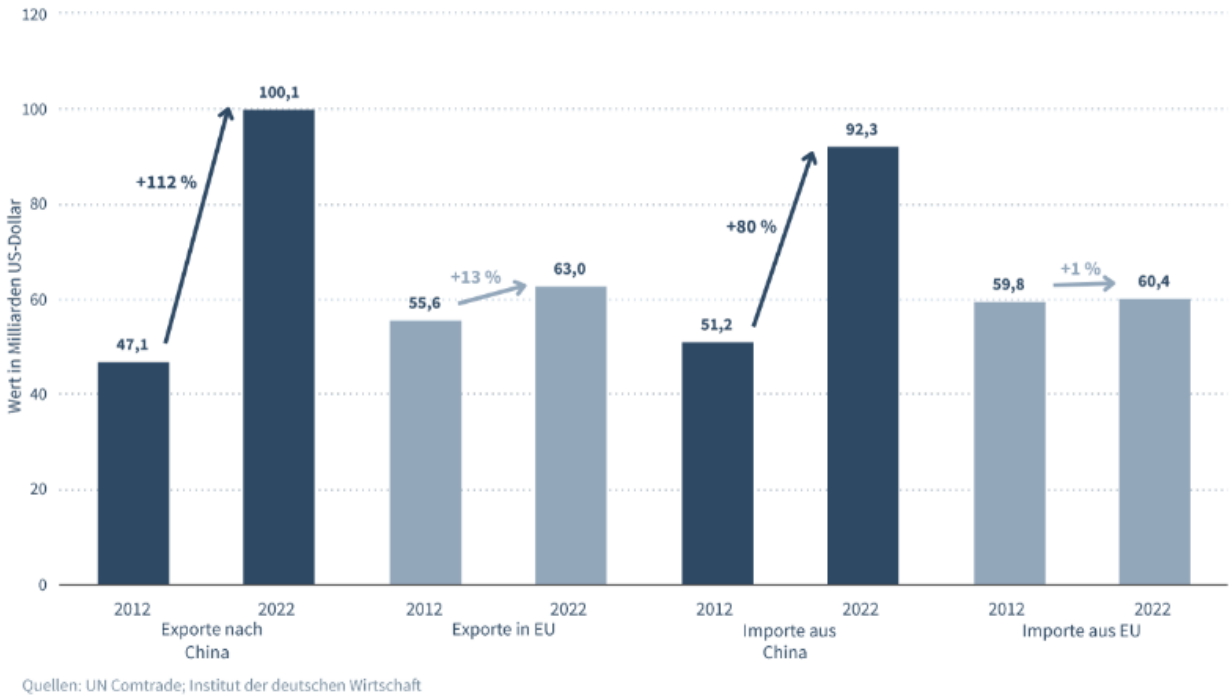

Abbildung 1: Entwicklung der Ex- und Importe des MERCOSUR von/nach China/EU, Quelle: IW Köln

MERCOSUR und Deutschland

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Mittel- und Südamerika betrug 2023 rund 45,5 Milliarden Euro. Es verzeichnete einen Rückgang um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Am gesamtdeutschen Außenhandels-volumen hat Mittel- und Südamerika einen Anteil von 1,6 Prozent. Das Volumen der Exporte aus Deutschland in die Region stieg um 6,2 Prozent auf 26,9 Milliarden Euro im Vergleich zu 2022. Bei den Importen nach Deutschland aus Mittel- und Südamerika zeigt sich jedoch ein deutlicher Rückgang um 13,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf ein Importvolumen 2023 von 18,6 Milliarden Euro. Größter Handelspartner Deutschlands in Lateinamerika ist der MERCOSUR-Staat Brasilien, gefolgt von Mexiko, Chile und Argentinien.

Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel
Jahr 2023 *

Rang	Außenhandelssaldo (Exporte - Importe)	
	Partnerland	1 000 Euro
001	Vereinigte Staaten	+ 63 538 145
002	Frankreich	+ 47 904 776
003	Vereinigtes Königreich	+ 41 537 363
004	Österreich	+ 25 177 865
005	Schweiz	+ 14 823 453
006	Spanien	+ 14 530 373
007	Italien	+ 13 671 761
008	Schweden	+ 10 648 723
009	Mexiko	+ 8 865 568
010	Polen	+ 8 803 649
022	Brasilien	+ 4 565 651
034	Chile	+ 1 848 803
037	Argentinien	+ 1 564 266
055	Kolumbien	+ 368 498
056	Panama	+ 341 832
067	Guatemala	+ 151 629
068	Paraguay	+ 145 865
073	Kuba	+ 120 907
077	El Salvador	+ 82 507
079	Dominikanische Republik	+ 77 786
082	Jamaika	+ 74 688
083	Haiti	+ 68 105
084	Bolivarische Republik Venezuela	+ 65 180
	Insgesamt	**+ 209 561 114**

Abbildung 2 2: Außenhandel Deutschland, Quelle: Statistisches Bundesamt

MERCOSUR und Bayern

2023 wurden Waren im Wert von 268 Millionen Euro zwischen Argentinien und Bayern gehandelt, das Handelsvolumen zwischen Brasilien und Bayern betrug 2023 ca. 2,3 Mrd. Euro. Rechnet man die Handelsvolumina mit Paraguay (38 Mio. Euro) und Uruguay (47 Mio. Euro) hinzu, betrug das Handelsvolumen des MERCOSUR-Raumes mit Bayern fast 2,7 Mrd. Euro (2023). Brasilien als größter MERCOSUR-Staat rangierte unter den TOP 50 Handelspartnern Bayerns auf Rang 34, deutschlandweit lag Brasilien im Jahr 2023 sogar auf Platz 27.

Aus Bayerisch-Schwaben unterhalten derzeit fast 300 Unternehmen Geschäftsbeziehungen mit dem MERCOSUR, das sind ca. 12,5 Prozent aller auslandsaktiven Unternehmen der IHK Schwaben. Der größte Sektor dabei ist der Maschinenbau, gefolgt vom Ingenieurswesen sowie Agri- und Foodtech. Von diesen Lateinamerika-aktiven Unternehmen aus dem Kammerbezirk haben über 50 Unternehmen sogar eigene Niederlassungen vor Ort, von denen über 20 Prozent aus dem Bereich Maschinenbau kommen.

Abbildung 3 3: Niederlassungen von Unternehmen aus Bayerisch-Schwaben, eigene Darstellung

III. MERCOSUR Abkommen

Arten von Handelsabkommen

Es gibt verschiedene Namen für Handelsabkommen in Abhängigkeit vom Inhalt: [2]

- Freihandelsabkommen beabsichtigen eine gegenseitige Marktöffnung mit Industrie- und Schwellenländern durch die Gewährleistung eines bevorzugten Zugangs zu den Märkten.
- Assoziierungsabkommen beinhalten umfassendere politische Übereinkünfte.

Weitere EU-Handelsabkommen mit Lateinamerika

Die EU unterhält jetzt schon eine Reihe von Handelsabkommen mit Staaten Lateinamerikas, was zeigt, dass diese Region bereits als Chancenkontinent identifiziert wurde. Zu den Abkommen zählt das

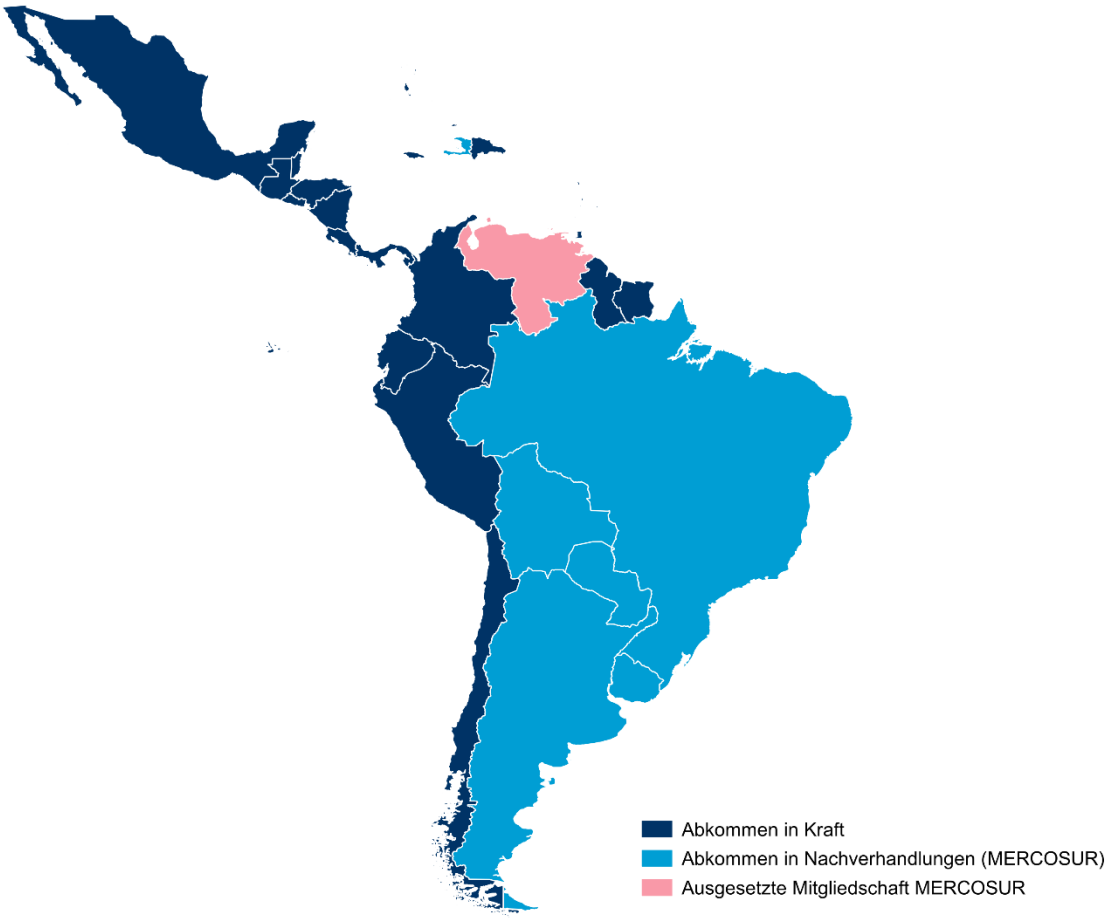

Abbildung 4 4: EU-Handelsbeziehungen mit Mittel- und Südamerika, eigene Darstellung

[2] Vgl. https://www.consilium.europa.eu/de/policies/trade-policy/trade-agreements/

Freihandelsabkommen EU-Mexiko, welches 2000 in Kraft getreten ist. Dieses soll durch ein modernisiertes Handelsabkommen ersetzt werden, dessen Ratifizierung jedoch noch aussteht. Zwischen der EU und Chile besteht seit 2002 ein Assoziierungsabkommen, dessen Freihandelsteil seit 2003 angewendet wird. Ein modernisiertes Abkommen wurde verhandelt und der Handelsausschuss des EU-Parlaments hat bereits zugestimmt, sodass es nun zur Ratifizierung vorgelegt werden wird. Das Abkommen ist ein sogenanntes fortgeschrittenes Rahmenabkommen (AFA), das aus drei Teilen besteht: Erster Teil ist "Politischer Dialog und Zusammenarbeit“, zweiter Teil ist "Handel und Investitionen“ (einschließlich Investitionsschutzbestimmungen) und der dritte Teil ist ein Interims-Freihandelsabkommen (ITA), das nur den „Handel und Investitionen“ ohne Investitionsschutzbestimmungen abdeckt. Aufgrund der alleinigen Zuständigkeit der EU-Kommission in der Handelspolitik, müssen die Mitgliedstaaten das ITA nicht ratifizieren. Nach der Ratifizierung durch das Europaparlaments, den Rat und das Parlament von Chile kann es unmittelbar in Kraft treten. Sobald dann alle EU-Mitgliedstaaten das gesamte AFA ratifizieren, läuft das ITA aus.
Mit Zentralamerika besteht ebenfalls ein Assoziierungsabkommen, dessen handelspolitische Säule seit 2013 vorläufig angewendet wird. Auch zwischen der Andengemeinschaft (Ecuador, Kolumbien, Peru, ggf. noch Bolivien) und der EU besteht ein Freihandelsabkommen.

Historische Entwicklung des MERCOSUR-Abkommens

Seitdem im Jahr 1995 zwischen dem MERCOSUR und der EU ein Assoziationsabkommen geschlossen wurde, laufen auch die Verhandlungen über ein entsprechendes Freihandelsabkommen. Nach ersten optimistischen Erfolgen im Jahr 2004 konnte zunächst kein Durchbruch erzielt werden. Mitte des Jahres 2019 wurden die Verhandlungen nach 20 Jahren und 38 Verhandlungsrunden erfolgreich abgeschlossen und seitdem liegt ein eine Einigung über den Handelsteil zwischen der EU und den MERCOSUR-Ländern vor, dessen Ratifizierung durch die einzelnen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten jedoch noch aussteht. Das Assoziierungsabkommen beinhaltet Bestimmungen zu politischem Dialog, Kooperation und Handel. Dazu zählen beispielsweise die Verbesserung der Kooperation bei Einwanderung, Digitalisierung, Bildung und Forschung, Menschenrechte, Umweltschutz, Bekämpfung von Terrorismus, Geldwäsche und Cyberkriminalität.

Inhalt

Das Abkommen sieht vor, über 90 Prozent aller Zölle zwischen der EU und dem MERCOSUR abzuschaffen, den Dienstleistungshandel zu erleichtern, öffentliche Beschaffungsmärkte zu öffnen, regulatorische Kooperation zu vereinfachen oder auch traditionelle europäische Nahrungsmittel wie Bayerisches Bier im Wirtschaftsraum MERCOSUR zu schützen. Laut Berechnungen der Europäischen Kommission ergeben sich durch den Zollabbau für europäische Exporteure jährliche Einsparungen in Höhe von 4 Milliarden Euro; für Deutschland bedeuten das rund 2,4 Mrd. und für Bayern ca. 329 Mio. Euro Einsparungen. Die hohen EU-Standards für Lebensmittelsicherheit bleiben unverändert und alle Einfuhren in die EU müssen weiterhin den EU-Regeln entsprechen. Auf der anderen Seite erhalten EU-

Unternehmen auf dem südamerikanischen Kontinent besseren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen und EU-Dienstleister besseren Marktzugang in den Bereichen Informationstechnologie, Telekommunikation und Verkehr. Das Handelsabkommen enthält verbindliche Regelungen zu Arbeit, Umwelt und Klima. Die Vertragsparteien EU und MERCOSUR verpflichten sich beispielsweise beide, multilaterale Umweltübereinkommen inklusive des Pariser Klimaschutzabkommens effektiv umzusetzen. Mit dem Abkommen würde weltweit die größte Freihandelszone (rund 800 Millionen Einwohner) entstehen.[3]

Aktueller Stand

Kritische Stimmen innerhalb der EU fordern weitere Nachverhandlungen, vor allem zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt. Besonderer Fokus liegt dabei auf dem Regenwaldschutz. Daraufhin legte die EU den MERCOSUR-Staaten einen Entwurf für eine Zusatzvereinbarung zum Waldschutz vor, die weder den brasilianischen Präsidenten Bolsonaro noch sein Nachfolger den amtierenden Präsidenten Lula überzeugten. Auch in Argentinien gibt es gemischte Stimmen hinsichtlich des Abkommens. Der Ende des Jahres 2023 neu gewählte Präsident Milei hielt sich bisher zurück, sei aber dem Abkommen grundsätzlich positiv gegenüber eingestellt. Mitte September 2023 übermittelte der MERCOSUR sein Einverständnis, eine Zusatzvereinbarung eigentlich bis Ende 2023 zu verhandeln. Dabei forderten sie jedoch finanzielle Hilfen, Lieferketten nachhaltig zu gestalten sowie die (hohen) Standards der EU zu erfüllen und Ausnahmen von einigen EU-Klimaschutzvorgaben. Außerdem machten sie deutlich, dass sie Sanktionen nicht akzeptieren werden. Im Dezember 2023 wurde eine gemeinsame Presseerklärung veröffentlicht, dass es weitere Gespräche zum Abkommen gibt und das Abkommen nicht gescheitert sei. In Frankreich gibt es derzeit massive Proteste von Landwirten u.a. gegen das Abkommen, da sie durch potenzielle Importe aus dem landwirtschaftlichen Bereich aus den MERCOSUR-Staaten Wettbewerbsverzerrung bzw. -Nachteile fürchten, da das Abkommen vermeintlich nicht sicherstellen würde, dass die dortigen Hersteller gleichen Umweltauflagen unterworfen wären. Diese Proteste veranlassten Präsident Macron dazu, bereits anzukündigen, dass man das Abkommen nicht unterzeichnen werde. Die MERCOSUR-Staaten hingegen halten weiterhin an den Verhandlungen fest, da für sie der Verhandlungspartner die EU-Kommission und keine einzelne Regierung wie die von Frankreich sei. Auch bei dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Gabriel Attal in Deutschland Anfang Februar 2024 wurden die Differenzen zum Abschluss des MERCOSUR-Abkommens noch einmal öffentlich deutlich. Frankreich beharrt weiterhin auf seinem Standpunkt, das Abkommen nicht zu ratifizieren. Obwohl die letzte Verhandlungsrunde, die Ende Januar und Anfang Februar 2024 stattfand, gescheitert ist, hat die EU-Kommission erklärt, dass die Gespräche weiter gehen.

[3] Informationen seitens der EU-Kommission zum Abkommen findet man unter EU-Mercosur (europa.eu).

Der Zeithorizont, wann hier weitere Fortschritte erzielt werden können oder wann mit einer Ratifizierung gerechnet werden kann, ist unklar. Der derzeitige Vorsitz des MERCOSUR, Paraguay, teilte Ende Februar mit, dass die weitern **Gespräche** über das Handelsabkommen **bis nach den Europawahlen** am 9. Juni 2024 **ausgesetzt** werden.

IV. Bewertung

Zollabbau erleichtert den Handel für beide Seiten

Besonders für die EU-Staaten ergeben sich massive Erleichterungen, da **Zölle auf 91 Prozent des Warenhandels entfallen** würden. Hohe Zölle, v.a. von Seiten des MERCOSUR auf europäische Waren bestehen beispielsweise derzeit auf Autos (35 Prozent), Autoteile (14 bis 18 Prozent), Maschinen (14 bis 20 Prozent), Chemikalien (bis zu 18 Prozent), Kleidung (bis zu 35 Prozent), Wein (derzeit 27 Prozent), Schokolade (derzeit 20 Prozent), Whiskey und andere Spirituosen (derzeit 20 bis 35 Prozent) oder Pharmazeutika (derzeit bis zu 14 Prozent). Es sind auch zollfreie Zollkontingente für EU-Milcherzeugnisse (derzeitiger 28 Prozent), insbesondere Käse, vereinbart.

Die derzeitigen Zölle zwischen der EU und dem MERCOSUR verursachen Koste**n von jährlich rund vier Milliarden Euro** für deutsche und europäische Unternehmen, **die mit dem Abkommen eingespart werden würden**. Auch deutsche Landwirte und Produzenten von Agrar- und Ernährungsgütern würden besonders von den neuen Absatzchancen profitieren, da hier weitgehende Zollfreiheit vorgesehen ist. Zum Schutz der EU-Landwirtschaft wurden die Märkte für bestimmte Agrarprodukte jedoch nicht vollständig geöffnet, sodass Zollsenkungen dann nur für bestimmte Liefermengen gelten. Mit dem Zollabbau würden **deutsche und europäische Exportgüter** auf dem MERCOSUR-Markt noch **wettbewerbsfähiger**. Das betrifft rund 12.500 deutsche Betriebe, die in den MERCOSUR exportieren, 72 Prozent davon sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die vor Ort hochgeschätzte Marke „Made in Germany“ würde günstiger werden und somit weitere Absatzchancen erhalten. Vom besseren Marktzugang können bedeutende Industriesektoren profitieren, besonders die Automobilwirtschaft, der Maschinenbau sowie die Chemie- und Pharmaindustrie.

Darüber hinaus ergeben sich weitere Vorteile im **verbesserten Zugang deutscher Unternehmen zum Dienstleistungsmarkt des MERCOSUR** sowie die Möglichkeit, sich an der Ausschreibung öffentlicher Aufträge in einem der MERCOSUR-Länder zu beteiligen. Mit dem vereinbarten Schutz von 357 traditionellen, europäischen Erzeugnissen (wie z.B. bayerisches Bier) werden hiesige Produkte nicht nur vor Nachahmung im MERCOSUR geschützt, sondern erhalten „als Originale“ auch bessere Absatzchancen.

Ein intensiverer Handel wäre für das **Wirtschaftswachstum** und die **Schaffung von Arbeitsplätzen auf beiden Seiten des Atlantiks** von entscheidender Bedeutung. Die EU-Kommission schätzt, dass allein die Ausfuhren der EU nach Brasilien bereits 855.000 Arbeitsplätze in der EU und weitere 436.000 in Brasilien sichern würden. Darüber hinaus sieht der Handelsteil eine verstärkte Kooperation bei der Beseitigung von Handelshemmnissen, wie zum Beispiel doppelter Zertifizierungen, vor. Im Bereich des öffentlichen Auftragswesens erhalten EU-Unternehmen in vielen Bereichen gleichwertigen Zugang wie lokale Unternehmen zu den öffentlichen Ausschreibungen im MERCOSUR.

Lateinamerika bringt der EU geopolitische Vorteile

Das MERCOSUR-Abkommen bietet der EU die **Chance**, sich **im globalen Wettbewerb geopolitisch und strategisch zu positionieren**. Mit dem Abkommen würde die EU in der Region anderen globalen Playern zuvorkommen und sich gleichzeitig **gegenüber China, Russland** und auch den **USA unabhängiger** machen. Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, internationale Lieferketten stärker zu diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Nach jahrelangen Verhandlungen sollte die EU nun nicht auf Zusatzvereinbarungen setzen, sondern den anstehenden Ratifizierungsprozess unverzüglich voranbringen.

Pragmatische Lösungen wichtiger als Partikularinteressen

Anstatt sich innereuropäisch über Partikularinteressen zu streiten, braucht es von europäischer Seite Entschiedenheit und **pragmatische Lösungen**. Um nicht den gesamten Prozess der Ratifizierung aufzuhalten, wäre ein Lösungsansatz beispielsweise das hart umstrittene Thema der landwirtschaftlichen Güter auszuklammern und zu vertagen.

Chancen für die deutsche Wirtschaft

Eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens wäre gerade in Hinblick auf die deutsche Energiewende von entscheidender Bedeutung. Uruguay beispielsweise ist führend bei der Erzeugung grüner Energie. 97 Prozent der Energie Uruguays kommt bereits aus erneuerbaren Energiequellen. In absehbarer Zeit wird Uruguay fähig sein, mehr grüne Energie zu produzieren, als es braucht. Neben dem Export erneuerbarer Energien aus Südamerika nach Europa, hätten die deutschen Unternehmen auch Absatzchancen für Umwelttechnologien.

Die **Region** ist besonders **rohstoffreich**: Erdöl und Erdgas gibt es in Brasilien und Argentinien; Brasilien hat darüber hinaus große Eisenerzvorkommen. Besonders spannend auch hinsichtlich der Energiewende dürfte sein, dass **Lateinamerika mehr als 50 % der weltweiten Lithiumvorräte beherbergt**, v.a. in Argentinien, Chile und Bolivien (Abbau). Hier sind chinesische Unternehmen bereits sehr aktiv und haben sich über Beteiligungen oder Übernahmen von Bergbaufirmen Zugang zu lukrativen Lithiumstätten gesichert und investieren Milliarden in den Bau von Firmen für die Herstellung von Lithiumcarbonat und Lithiumchlorid. Darüber hinaus ist Brasilien einer der weltweit größten

Produzenten von Bauxit (Rohstoff für Aluminium). Lateinamerika verfügt durch die großen Regenwälder über viele Holzressourcen sowie „landwirtschaftliche Rohstoffe“ wie Sojabohnen oder Kaffee. Aufgrund dieses **Rohstoffreichtums der gesamten Region**, würde ein Abkommen die **Versorgungssicherheit Europas erhöhen** und auch in diesem Bereich Abhängigkeiten, insbesondere von China, minimieren. Für Unternehmen wird es durch eigene regionale Investitionen möglich werden, neue Lieferanten zu finden oder sogar selbst Rohstoffquellen zu erschließen und neue Wertschöpfungsketten aufzubauen.

Abkehr vom Abkommen vergibt Chancen

Sollte die EU das Abkommen nicht ratifizieren, führt das zwangsläufig nicht dazu, dass die Länder des MERCOSUR neue Umweltstandards entwickeln oder von selbst die Problematik der Entwaldung in Brasilien lösen. Im Gegenteil, durch den jetzt schon ansteigenden Handel mit China, würden die Länder des MERCOSURS in diesem Fall auch auf China als Handelspartner setzen. Dabei könnte die EU durch **Handel und Dialog auf Augenhöhe** mit der Zeit auch in Lateinamerika viel höhere Standards beispielsweise im Umwelt- und Sozialbereich setzen. Im Abkommen hatte man sich bereits auf klare Standards zum Umweltschutz verständigt. Auch die Verpflichtung, das Pariser Klimaschutzabkommen umzusetzen, ist enthalten. Dieses beinhaltet beispielsweise eine Zusage Brasiliens, seine Netto-Treibhausgasemissionen bis 2025 um 37 Prozent gegenüber 2005 zu senken sowie Maßnahmen zum Stopp der illegalen Abholzung zu ergreifen, auch im brasilianischen Amazonasgebiet. Die MERCOSUR-Staaten sind jetzt schon eng mit anderen Märkten verflochten und scheuen auch vom Westen kritisch gesehenen Handelspartner nicht. Sollte man sich in der nächsten Zeit auf kein gemeinsames Abkommen einigen können, werden es diese Staaten sein, die dann ihre Chance im bilateralen Handel wahrnehmen und ihre eigenen Standards setzen.

V. Fazit

Das bereits fertig verhandelte Abkommen erleichtert auf beiden Seiten den Austausch von Waren und Dienstleistungen und trägt erheblich dazu bei, den Handel zwischen beiden Regionen zu steigern. Es bietet die Chance für die Europäische Union, sich geostrategisch gut zu positionieren, indem Handel diversifiziert wird und sollte daher schnellstmöglich ratifiziert werden.

VI. Stimmen und Bewertung anderer Verbände

Koalitionsvertrag SPD, Grüne, FDP

„Wir setzen uns dann für die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens ein, wenn zuvor von Seiten der Partnerländer umsetzbare und überprüfbare, rechtliche verbindliche Verpflichtungen zum Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsschutz eingegangen werden und praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt bestehender Waldflächen abgeschlossen worden sind.“

DIHK

"Die EU muss das Zeitfenster für einen engen wirtschaftlichen Schulterschluss mit Lateinamerika unbedingt nutzen", mahnt Volker Treier, Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Aus stärkeren Handels- und Investitionsbeziehungen ergäben sich "große ökonomische Potenziale" gerade auch für die international eng vernetzte deutsche Wirtschaft. "Wenn die Handelsabkommen der EU mit Mercosur, Mexiko und Chile rasch ratifiziert werden, können wir die Wirtschaftsbeziehungen endlich auf ein höheres Niveau ziehen. Andere Wirtschaftsmächte wie zum Beispiel China buhlen bereits um die Gunst Lateinamerikas."

BDI

Zu den Verhandlungen äußert sich BDI-Präsident Dieter Kempf: „Die EU und der Mercosur-Staatenbund müssen endlich den politischen Willen zum Abschluss des Abkommens aufbringen. Eine Einigung mit den südamerikanischen Partnern war für Europa politisch und wirtschaftlich nie wichtiger als heute, fast zwei Jahrzehnte nach Beginn der Verhandlungen. […] Handelskonflikte belasten zunehmend die Wirtschaft weltweit. Das Assoziierungsabkommen bringt wertvolle Impulse für die Unternehmen auf beiden Seiten und hat eine kaum zu überschätzende strategische Dimension – für verlässliche Handelsregeln und langfristige Partnerschaft zwischen unseren Kontinenten. Die EU hat nun die einmalige Möglichkeit, diese vergleichsweise geschlossenen südamerikanischen Märkte mit mehr als 260 Millionen Konsumenten als erster Wirtschaftspartner substanziell zu öffnen. Solch eine Chance dürfen wir nicht ungenutzt lassen. Nur wenn wir wirtschaftlich und politisch eng mit dem Mercosur-Staatenbund zusammenarbeiten, können wir effektiv auch auf die Umweltbedingungen vor Ort einwirken. Das geplante Abkommen bietet dafür Hebel, die wir Europäer sonst nicht haben.“

Ihre Ansprechpartnerin

Simona Riester
Abteilung International | EU-Politik
Länderreferentin Nord- und Südamerika, Israel

IHK Schwaben
Stettenstraße 1+3 | 86150 Augsburg
E-Mail: simona.riester@schwaben.ihk.de
Tel.: 0821 3162-279